

Antrag

der Abgeordneten Anette Hübinger, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, Dr. Thomas Feist, Michael Grosse-Brömer, Monika Grütters, Eberhard Gienger, Florian Hahn, Dr. Stefan Kaufmann, Ewa Klamt, Axel Knoerig, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Philipp Murmann, Dr. Heinz Riesenhuber, Tankred Schipanski, Uwe Schummer, Marcus Weinberg (Hamburg), Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Peter Röhlinger, Patrick Meinhardt, Sylvia Canel, Heiner Kamp, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Deutschland in der globalen Wissensgesellschaft klar positionieren – Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung weiter vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wissenschaft und Forschung wirken schon immer global und machen noch nie vor Grenzen halt. Wissen wird heute in der ganzen Welt generiert und der Austausch dieses Wissens wird in Zukunft immer mehr zunehmen. Für eine prosperierende Zukunft Deutschlands ist die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung von existenzieller Bedeutung. Deshalb ist es im Interesse Deutschlands, mit den weltweit Besten in Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten. Alle Akteure der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind sich der damit verbundenen Herausforderungen bewusst und verstärken deshalb ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet.

Wettbewerb sowie internationale Kooperationserfordernisse in Wissenschaft und Forschung nehmen immer weiter zu und deshalb war es folgerichtig, dass sich die christlich-liberale Koalition zur weitergehenden Internationalisierung deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen bekannt hat. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP ist festgelegt, dass die europäische und internationale Kooperation intensiviert und die Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern ausgebaut werden soll.

Das Thema „Internationalisierung“ nimmt in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP zu Recht eine prominente Rolle ein, da die internationale Kooperation in Wissenschaft und Forschung ein wichtiger – wenn nicht sogar der wichtigste Baustein – zur Beantwortung der großen Fragen unserer Zeit ist, einen Schlüssel für Frieden und nachhaltige Entwicklung darstellt und ein zentrales Element für die zukünftige Entwicklung des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Deutschland ist.

Die Bundesregierung hat bereits im Februar 2008 mit der Verabschiedung der Internationalisierungsstrategie einen Meilenstein für die zukünftige Ausrichtung des deutschen Wissenschafts- und Forschungssystems auf den Weg gebracht.

Gerade vor dem Hintergrund, dass heute mehr als 90 Prozent des zukunftsrelevanten Wissens außerhalb Deutschlands generiert werden, wurde mit der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung ein überaus wichtiger Impuls für die Akteure des deutschen Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationssystems gesetzt. Die Koalition von CDU/CSU und FDP fördert die Internationalisierung und trägt gezielt zur Entfaltung der Internationalisierungsstrategie bei, damit Akteure der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Deutschland auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen und Kooperationen entscheidend mitgestalten können. Dabei hat das mit 12 Mrd. Euro dotierte und in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland präzedenzlose ressortübergreifende Sonderprogramm für Bildung und Forschung, das die christlich-liberale Koalition in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat, die Umsetzungstiefe und -dynamik der Internationalisierungsstrategie noch einmal deutlich erhöht.

Zu den vier großen Schwerpunkten der Internationalisierungsstrategie zählen (1) die Stärkung der Forschungszusammenarbeit mit den weltweit Besten, (2) die Erschließung internationaler Innovationspotenziale, (3) der nachhaltige Ausbau der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie (4) die Übernahme internationaler Verantwortung zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Mit diesen Leitlinien vereint die Strategie berechnete Anliegen Deutschlands mit den vielfältigen Interessen unserer internationalen Partner bzw. unserer globalen Verantwortung. Deutschland interpretiert dabei seine Rolle bewusst durch den Ansatz der „Kooperation auf Augenhöhe“, unabhängig davon, ob es sich bei dem Kooperationspartner um ein Entwicklungs-, Schwellen- oder Industrieland handelt. Die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung entfaltet dahingehend seit Jahren eine positiv gestaltende, unterstützende und kohärenzfördernde Wirkung. Diese bestätigt der im Juli 2009 von der Bundesregierung vorgelegte Zwischenbericht zur Strategie.

Die Bundesregierung ergänzt die Internationalisierungsstrategie mit ihrer Außenwissenschaftspolitik. Internationale Wissenschafts- und Forschungsbeziehungen sind ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung außenpolitischer Ziele. So konnte durch die „Initiative Außenwissenschaftspolitik“ neue Stipendienprogramme für ausländische Studierende aus Konfliktländern wie Afghanistan oder Irak umgesetzt werden, in denen sich Studierende und Forscher praxisnah für spätere politische, rechtliche und verwaltungstechnische Berufstätigkeiten in ihren Heimatländern qualifizieren. Diese erfolgreichen Maßnahmen der Außenwissenschaftspolitik werden fortgeführt und ausgebaut.

Einen wichtigen Bestandteil der Außenwissenschaftspolitik und der Werbung für den Innovationsstandort Deutschland stellen auch der Aufbau und die Eröffnung Deutscher Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) dar. Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit deutschen Forschungs- und Mittlerorganisationen und Vertretern der Wirtschaft soll die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit festigen und erweitern. Die Innovationshäuser sind an sechs ausgewählten Orten – New Delhi, New York, Moskau, São Paulo, Tokyo und Kairo – Schaufenster des dynamischen Standorts Deutschland, Forum für Dialog und Austausch sowie zentrale Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung ausländischer Wissenschaftler.

Eine wirkungsvolle Kooperation mit wichtigen Partnerländern in Wissenschaft, Forschung und Technologie bedarf eines optimalen Zusammenwirkens aller in diesem Bereich handelnden Akteure und einer kohärenten Politik aller beteiligten Ressorts. Bei der Zusammenarbeit kommt den Auslandsvertretungen und dort insbesondere den Fachreferenten für Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit (WTZ-Referenten) eine herausgehobene Rolle zu.

Grundsätzlich bewegt sich die deutsche Wissenschafts- und Forschungspolitik in einem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die Abgrenzung zwischen den Strategien „Wettbewerb“ und „Kooperation“ ist oft schwierig. Zwischen „Wettbewerb“ und „Kooperation“ muss aber nicht zwangsläufig ein Gegensatz bestehen. Denn auch für Wissenschaft und Forschung gilt: Wer sich im internationalen Wettbewerb durchsetzen will, muss offen für Kooperationen und selbst ein attraktiver Kooperationspartner sein. Dafür müssen die Akteure des Wissenschafts- und Forschungssystems sowie die Politik ihre Strategien fortwährend evaluieren und sich schnell ändernden Verhältnissen bzw. der hohen Dynamik in diesem Bereich anpassen. Hierzu brauchen wir einen intensiven, handlungsorientierten und permanenten Dialog zwischen Wissenschaft und Politik über Schwerpunkte und Aktivitäten im europäischen sowie im internationalen Kontext. Die 2010 veröffentlichten Empfehlungen des Wissenschaftsrates bieten dazu eine umfassende Orientierung für alle nationalen Akteure in Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

Es steht fest, dass die immer dringlicher werdenden sozialen und ökologischen Herausforderungen rund um den Globus nicht im Alleingang von nationalen Regierungen angegangen werden können. Wirksame Lösungen für komplexe Governance-Fragen oder für Probleme im Bereich der globalen Gesundheit können nur durch internationale Wissenschaftskooperationen bereitgestellt werden. Internationale Kooperation in Wissenschaft und Forschung auf Basis eines partnerschaftlichen Prinzips – unter Einbeziehung der spezifischen Gegebenheiten vor Ort – ist dabei Grundvoraussetzung für nachhaltige Lösungen im Interesse der betroffenen Menschen in den Partnerländern Deutschlands. Die Internationalisierungsstrategie verfolgt genau diesen Ansatz. Deshalb unterstützt die christlich-liberale Koalition die Bundesregierung uneingeschränkt in ihrem Vorgehen.

Des Weiteren beinhaltet die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung eine zweite, wettbewerbsorientierte Komponente. Der „Wettbewerb um die besten Köpfe“ ist für das deutsche Wissenschafts- und Forschungssystem aktuell und auch zukünftig eine große Herausforderung, weil neben den klassischen großen Mitbewerbern des angelsächsischen Raums auch vermehrt asiatische Länder und andere aufstrebende Gestaltungsmächte in diesen Wettbewerb eintreten.

Deutschland setzt auf einen Ansatz der partnerschaftlichen Kooperation. Sie macht weltweite Präsenz unabdingbar. Dazu gehört auch, die Stärken unseres ausgezeichneten Wissenschafts- und Forschungsstandortes und die Bedeutung der deutschen Sprache als Wissenschaftssprache selbstbewusst herauszustellen und offensiv dafür zu kommunizieren. Diesen müssen alle Akteure im deutschen Wissenschafts- und Forschungssystem verinnerlichen und mit Leben füllen. Nur so wird Deutschland weiterhin für einen Aufenthalt von Studierenden, von Nachwuchswissenschaftlern und von Spitzenpersonal für Forschung und Entwicklung attraktiv bleiben.

Deutschland genießt gerade in den Natur- und Ingenieurwissenschaften einen herausragenden Ruf und verfügt über eine ausgezeichnete Forschungsinfrastruktur. Mit diesen Standortvorteilen wollen wir offensiv im Ausland um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werben. Rekrutierungsprogramme für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – wie die Alexander von Humboldt-Professur – sind wichtig und spiegeln unseren hohen Standard wider, können aber die notwendigen Aktivitäten in der gesamten Breite des Wissenschaftssystems nicht ersetzen. Wir müssen den Studienstandort Deutschland für Spitzenbegabungen aus aller Welt attraktiv erhalten und dessen Attraktivität weiter stärken. Je internationaler eine Hochschule bzw. Forschungseinrichtung sich aufstellt, desto größer ist die Anziehungskraft für weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland. Jede Wissenschaftlerin und jeder

Wissenschaftler, die oder der in Deutschland forscht oder geforscht hat, und jede/jeder Studierende, die/der nach einem Studienaufenthalt in Deutschland in sein Heimatland zurückkehrt, ist im Ausland Botschafterin und Botschafter für das deutsche Wissenschaftssystem. Auch deshalb wollen wir die klügsten ausländischen Köpfe nach Deutschland holen.

Da die Internationalisierung im Wissenschafts- und Forschungsbereich immer weiter an Fahrt aufnimmt, wird auch der Wettbewerb um die klügsten Köpfe zunehmen. Um dafür gerüstet zu sein, brauchen wir wettbewerbsfähige Strategien (Scouting, Liaison Offices, Dual Career etc.) auf Ebene der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für eine Forschungstätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Gleiches gilt für die Rückgewinnung von im Ausland lebenden und arbeitenden deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Für diese und deren jeweilige Lebensumstände müssen wir noch attraktivere Rahmenbedingungen schaffen. In den vergangenen Jahren wurden bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht, die dieses Ziel befördern. Wir müssen die internationale Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschland und der Lebensbedingungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler in Deutschland weiter ausbauen. Dies reicht beispielsweise von attraktiven Studienbedingungen und Deutschkursen über Erleichterungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen bis hin zu einem angemessenen Verhältnis von Forschungs- und Lehraufgaben.

Gerade bei der Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern greift im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ der partnerschaftliche Kooperationsansatz Deutschlands. Der Wissenschaftsaustausch soll zum beiderseitigen Nutzen ausgestaltet sein. Wir wollen, dass sich Studierende und Wissenschaftler aus Entwicklungs- und Schwellenländern für einen dauerhaften oder zeitlich begrenzten Aufenthalt in unserem Hochschul- und Wissenschaftssystem im Laufe ihrer wissenschaftlichen Karriere entscheiden. Dies dient nicht zuletzt auch dem Aufbau von Kompetenzzentren in Entwicklungsländern.

Da die Abwanderung der wissenschaftlichen Eliten aus Schwellen- oder Entwicklungsländern in Industrienationen ein großes Problem darstellt, verfolgen wir mit der Ausbildungsförderung von Studierenden und künftigen Wissenschaftlern vor Ort und einem Wissenschaftleraustausch einen erweiterten Ansatz. Dazu gehört beispielsweise auch die Förderung und der Aufbau von Exzellenzstrukturen vor Ort, wie sie im Rahmen des Programms „Fachzentren Afrika“ durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Auftrag der Bundesregierung umgesetzt werden. Es geht um gelebte Partnerschaft, und wir bekennen uns zu unserer Verantwortung.

Wissenschaftskooperation ist gerade in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern keine Einbahnstraße. Wir verfügen in Deutschland schon jetzt über eine Reihe von in der Praxis bewährten Kooperationsmodellen für Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch in den wirtschaftsschwachen Ländern Europas gilt es, die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern als „Brain Circulation“ zu gestalten. Hierzu trägt das Leonhard-Euler-Programm des DAAD im Auftrag der Bundesregierung bei.

Die vorhandenen Instrumente müssen ausgebaut und noch besser aufeinander abgestimmt werden. Wir wollen innovative Kooperationsmodelle – beispielsweise in Anlehnung an das vom Bund finanzierte Georg-Forster-Programm der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) – konzipieren.

Auslandshochschulen sind ebenso wie feste Partnerschaften von Instituten oder Hochschulen wichtige Instrumente auf dem Weg zur besseren internationalen Wissenschaftsvernetzung. Dieses „Capacity Building“, das explizit die Stärkung von Institutionen in unseren Partnerländern im Blick hat, versinnbildlicht die an-

zustrebende Entwicklung. Eine noch stärkere Vernetzung der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure ist zwingend notwendig. Deutschland ist nicht nur als einzelner nationaler Akteur unterwegs, sondern zunehmend und erfolgreich als Teil der Europäischen Gemeinschaft. Auch dies gilt es auszubauen, um eine effiziente Zusammenarbeit zu ermöglichen und Synergieeffekte zu nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den partnerschaftlichen Ansatz bei Wissenschafts- und Forschungskooperationen weiter zu fördern sowie bei unseren Partnerländern dafür zu werben;
2. verstärkt Kooperationen zwischen einzelnen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Ausgründungen, innovativen Unternehmen und Auslandshochschulen zu unterstützen, um durch Synergiebildung eine neue Phase der internationalen Kooperation zu begründen;
3. die Internationalisierungsbestrebungen aller Akteure des Wissenschafts- und Forschungssystems zu unterstützen, indem kontinuierlich Instrumente, Maßnahmen und Strategien an die Bedarfe der Organisationen angepasst werden; dabei sollte die internationale Situation und der internationale Kontext für jede Institution im Einzelnen bewertet werden;
4. insbesondere die Internationalisierung von innovativen Netzwerken und den Aufbau internationaler Projektkonsortien zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen durch geeignete Fördermaßnahmen nach dem Vorbild von CORNET (für Projekte der industriellen Gemeinschaftsforschung) und EraSME (für Projekte der Kooperation Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand – ZIM-KOOP) nicht nur im europäischen Rahmen weiter zu erleichtern;
5. den Einsatz des Bundes zur Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses und der Unterstützung der Internationalisierung deutscher Hochschulen unvermindert fortzusetzen;
6. den Deutschen Bundestag einmal pro Legislaturperiode über den Umsetzungsstand der Maßnahmen der Internationalisierungsstrategie zu unterrichten;
7. Internationalisierungsaspekte in Wissenschaft und Forschung sowie alle Organisationen, die den internationalen Austausch junger Studierender sowie Forscherinnen und Forscher vorantreiben, auch zukünftig weiter positiv zu begleiten;
8. bei der jährlichen Haushaltsaufstellung des Einzelplans 30 angemessene Finanzmittel im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel für die Gewinnung erfolgreicher Spitzennachwuchswissenschaftlerinnen und -nachwuchswissenschaftler – in Anlehnung an den Sofja-Kovalevskaja-Preis der Alexander von Humboldt-Stiftung – bereitzustellen;
9. Instrumente wie beispielsweise das Georg-Forster-Programm der Alexander von Humboldt-Stiftung zu stärken, um zukünftig noch mehr Forschungsstipendien für Postdoktoranden anbieten zu können;
10. Instrumente – wie internetbasierende „Kontaktbörsen“ – zu initiieren, mit denen zukünftig leichter der Kontakt zwischen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Schwellen- und Entwicklungsländern und Professorinnen und Professoren aus Deutschland im Rahmen ihrer Forschungsarbeit hergestellt werden kann;
11. in Anlehnung an die Idee eines „German Alumni Abroad – Ein globales Netzwerk ausländischer Alumni deutscher Hochschulen“ des DAAD Instrumente zu entwickeln und umzusetzen, mit denen der Kontakt zu den vie-

- len Millionen rund um den Globus verstreuten „German Alumni“ gehalten werden kann;
12. Maßnahmen zur Beratung von Hochschulmanagern in Fragen der Internationalisierung (durch DAAD u. a.) zu stärken;
 13. die Entwicklung von Profildaten zur Internationalisierung der deutschen Hochschulen weiter voranzutreiben, um zukünftig noch mehr relevante Indikatoren einbeziehen zu können;
 14. innovative Konzepte des internationalen Hochschulmarketings zu stärken und durch neue Impulse weiter voranzutreiben, um damit die internationale Präsenz der deutschen Hochschulen zu stärken;
 15. Marketingmaßnahmen für Auslandsaufenthalte von Studierenden zu verstärken;
 16. die erfolgreichen Rückgewinnungsaktivitäten diverser Akteure im deutschen Wissenschafts- und Forschungssystem für im Ausland lebende und arbeitende deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den kommenden Jahren zu verstetigen;
 17. die strategische Partnerschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des DAAD bei der Prämierung von Internationalisierungskonzepten der Hochschulen weiterzuführen;
 18. die vom BMBF initiierten Instrumente des Forschungsmarketings nach positiver Evaluation zu verstetigen und ggf. weiter auszubauen;
 19. die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur internationalen Ausrichtung der Ressortforschung des Bundes je nach Einzelfall umzusetzen;
 20. sich auf internationaler Ebene – in Anlehnung an die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) – für Mehrsprachigkeit in Wissenschaft und Forschung einzusetzen;
 21. gemeinsam mit den Ländern die Hochschulen bei der Entwicklung hochschuleigener Internationalisierungsstrategien zu unterstützen;
 22. auf nationaler Ebene mittels Verhandlungen mit den Ländern auf ein professionelles internationales Personalmanagement an den deutschen Hochschule hinzuwirken;
 23. das Ausländer-, Beamten- und Sozialrecht an die speziellen Bedürfnisse der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft regelmäßig anzupassen, um Hemmnisse im Wettbewerb um die besten Köpfe aus aller Welt für einen Aufenthalt in Deutschland abzubauen;
 24. gegenüber den zuständigen Akteuren auf Länder- und Hochschulebene darauf hinzuwirken, die Attraktivität des deutschen Wissenschafts- und Forschungssystems für die besten Studierenden, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt weiter zu erhöhen, auch durch erweiterte Möglichkeiten für selbstständiges Forschen, durch mehr Flexibilität in Personalangelegenheiten und durch den Ausbau von Tenure-Track-Optionen;
 25. dafür Sorge zu tragen, dass bei hohen bzw. noch weiter zunehmenden Studierendenzahlen ausreichend Stipendien für Auslandsaufenthalte zu Verfügung stehen;
 26. aktuell geltendes Recht dahingehend anzupassen, dass zukünftig Alleinerziehende bei einem zeitlich begrenzten Auslandsaufenthalt im Rahmen ihrer

wissenschaftlichen Karriere in Deutschland gewährte Unterstützungsleistungen geltend gemacht werden können;

27. die Faktoren und Zusammenhänge internationaler Migration Hochqualifizierter wissenschaftlich untersuchen zu lassen, um treffgenauere Strategien für Deutschland im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ zu entwickeln.

Berlin, den 25. Juni 2013

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion

